

*some facts very often
less taken in consideration*

*revised, corrected & actualised
Die S. Dominici Conf. MMXI*

Gefahren der Europäischen Währungsunion,

im Zuge der vertraglich festgelegten Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
(Vertrag von Maastricht 1992, Vertrag von Amsterdam 1997, Vertrag von Nizza 2001, Vertrag von Lissabon 2009),
wie diese von einigen Skeptikern gesehen wurden und noch werden

~~~~~

- ① Die Eurozone ist kein "optimales Währungsgebiet." Darunter versteht man eine Region mit – ❶ hoher Faktor-Mobilität, – ❷ breitem Produkt-Sortiment und – ❸ intensiven Handelsbeziehungen bei – ❹ hohem Offenheitsgrad (also freier Verkehr von Gütern, nämlich Waren und Dienstleistungen). Daher kann auch eine "one size fits all-Geldpolitik", wie diese von der EZB gehandhabt wird, nicht passen. Die bestehenden Gegensätze steuern früher oder später auf das Auseinanderbrechen der WWU hin.
- ② Der EUR als "Durch-Schnitt" (!) der bis anhin geltenden europäischen Währungen kann kaum so stabil werden, wie es der DEM-Block (DEM, ATS, NLG) war. Weil nämlich eine "Stabilitätskultur" nicht bei allen Mitgliedsländern vorhanden ist, wird es über kurz oder lang zu einer Inflationgemeinschaft kommen.
- ③ Der Stabilitäts- und Wachstumspakt reicht zur Disziplinierung der Haushaltspolitiken der Mitgliedsstaaten keineswegs aus. Denn es fehlt ein wirksamer Automatismus bei der Ahndung von Fehlverhalten (ein solcher konnte in das Vertragswerk nicht eingebaut werden), jetzt entscheiden "Sünder über Sünder". – Die grossen Mitgliedsländer (Deutschland, Frankreich, Italien) verstießen über mehrere Jahre hinweg gegen den Pakt, ohne dass es zu Konsequenzen kann. Die Regierungen und die breite Öffentlichkeit empfinden den Stabilitäts- und Wachstumspakt inzwischen als zu enges Korsett, das der öffentlichen Hand das Schuldenmachen (und damit die Übertragung von Lasten auf andere Mitglieder der WWU oder auf die nachwachsende Generationen im eigenen Land) unnötig erschwert.
- ④ Die nationale Geld- und Währungspolitik (gedacht sei bei Letzterer vor allem an Auf- und Abwertungen) kann nicht mehr zur Abfederung von Produktions- und Beschäftigungsrückgängen eingesetzt werden. Angesichts des Unvermögens zu anpassungsfähigem Verhalten auf dem Arbeitsmarkt (sowohl – ❶ die Freisetzung von Beschäftigten als auch – ❷ die Kürzung der Bezüge bei Nachfragerückgang lässt sich kaum durchsetzen) sind dem betroffenen Mitglied die Hände gebunden.

⑤ Einzelne Mitglieder der WWU – wie vor allem Deutschland – sind von den USA als Absatzmarkt ihrer Produkte mehr abhängig, als dies die (auf der Grundlage der Eurozone aggregierten) Zahlen vermuten lassen. Neben diesem – ❶ "Aussenhandels-Kanal" verhindern auch – ❷ die sehr stark miteinander verflochtenen Finanzmärkte, – ❸ der enger gewordene Unternehmensverbund (grosse US-Firmen sind in Europa tätig; viele auch kleinere und mittlere Unternehmen aus Europa in den USA) und – ❹ eine zeitliche Übereinstimmung der Stimmungslage, dass sich Europa von den US-Konjunkturzyklen abkoppeln kann.

⑥ Durch die EU-Osterweiterung nehmen die strukturellen Divergenzen (siehe Punkt ① sowie das Lehrblatt "Formale Konvergenz") beträchtlich zu. Zudem zeigen sich die osteuropäischen Beitrittsländer zur Übertragung nationaler Kompetenzen (nach einem rund 50jährigen erzwungenen Souveränitätsverlust) nur schwer bereit. Die Beitritts-Länder des Jahres 2004 haben die Einwohnerzahl von Euroland um 20 Prozent erhöht. Das Brutto-Inlandsprodukt der EU stieg aber bloss um etwa 4,5 Prozent. Zwar sind die neuen Mitglieder der EU (noch) nicht auch alle Teilnehmer der Währungsunion. Eine Einführung des EUR auch in diesem Ländern wird aus politischen Gründen über kurz oder lang erfolgen müssen.

⑦ Der Vertrag über die Europäische Währungsgemeinschaft sah ausdrücklich vor, dass kein Mitglied für die Schulden eines anderen haftet (Non-Bailout-Klausel). Seit spätestens der Griechenland-Krise im Jahr 2007 hat sich gezeigt, dass diese Vorschrift im Ernstfall nicht durchzuhalten ist. Um den unweigerlichen Staatsbankrott Griechenlands zu verzögern, beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs sog "Rettungspakete", die -- trotz vieler gegenteiliger Behauptungen -- letztlich nichts anderes sind als eine Übertragung der Schulden eines Mitgliedlandes auf die Steuerzahler anderer Mitglieder.

**Put not your trust in money, but put your money in trust**